

Bitterer Anzeiger.

Der „Bitterer Anzeiger“
erscheint wöchentlich zweimal, Dienstag und Freitag Abends.
Abonnementpreis
beträgt vierteljährlich 50 Pf. Alle resp. Postämter nehmen zu
diesem Preise incl. Postaufschlag Bestellungen an.



Der Insertionspreis
beträgt pro einspaltige Zeile 10 Pf., Anzeigen werden bis
Dienstag und Freitag Mittag erbeten.
Alle Anzeigen-Bureau nehmen Inserate für dieses Blatt an.
Einrückungsaufträge an alle
außwärtigen Blätter werden ohne Preisaufschlag vermittelt.

Für den Druck verantwortlich: J. Glode in Bitter.

Verlag und Redaktion von J. Glode in Bitter.

Nr. 12.

Dienstag, den Februar

1892.

Zur Frage der Sonntagsruhe.

Der Reichstag hat zwar in der Arbeiter-schutznovelle auch einer wesentlichen Erweiterung der Sonntagsruhe zugestimmt, der Bundesrat aber, dem die weiteren Anordnungen überlassen wurden, hat sich bisher in dieser Angelegenheit noch nicht schlüssig machen können und wirklich bietet diese Materie ganz ungeahnte Schwierigkeiten.

So ist z. B. in den Kreisen des Kleinhandels die Besorgnis laut geworden, daß die bevorstehende aufsichtslose Freiheit an den Sonntag-Nachmittagen den Kaufmannslehrling zu Ausgaben und Zerstreuungen verlocken werde, die leicht auf seine ganze moralische Haltung, auf seine geschäftliche Tüchtigkeit und auf die ihm anvertrauten Obliegenheiten zurückwirken könne. Ein junger Bursche von 14—17 Jahren, der in den meisten Fällen am Orte fremd ist, keinen Anhang und keinen Halt an einer Familie hat, dessen Vorbildung in der Mehrzahl der Fälle so ungenügend ist, daß ihm jeder Erzieher zu selbstständiger Fortbildung fehlt, der sich erfahrungsgemäß, namentlich in den größeren Städten, schon eine gewisse Selbstständigkeit des Auftretens beilegt, ohne daß seine verfügbaren Mittel ihm dafür eine Unterlage bieten, wie wird er künftig seinen Sonntag hinbringen? Wird ihm zur Winterzeit oder bei ungünstigem Wetter etwas anderes offen stehen als die Kneipe und das Verführerische unbeaufsichtigter Zerstreuungen? Wird derselbe junge Bursche künftig eine freiwillige Entschlossenheit haben an Stelle der durch die Gesetzgebung zu erwartenden Zwangszwänge?

Es könnte hiergegen mit Recht der Einwand erhoben werden, daß der Lehrling nicht nur der väterlichen Zucht des Lehrherren untersteht, sondern daß er auch in patriarchalischer Weise gleichsam als Mitglied der Familie angesehen werden und als diese naturgemäß seinen Anknüpfungspunkt finden müsse. Zeitweise ist dies ja wohl der Fall, aber die Zeiten haben sich eben geändert und die Menschen mit ihnen. Der Mehrzahl der Lehrherren wäre der so entscheidende Familienzuwachs fällig und unbequem; wahrscheinlich würde dies Gefühl auch von der Mehrzahl der Lehrlinge geteilt werden.

Hier besteht ein Dilemma, denn nur zu entkommen ist, wenn sich die beteiligten Kreise zur Selbsthilfe überwinden. Es ist eine Notwendigkeit, daß den jugendlichen Personen des Handelslandes an solchen Sonntagen, die eine Erholung im Freien nicht zulassen, Gelegenheit gegeben werde, die freie Zeit in einer ihnen dienlichen Weise unter der Aufsicht wohlmeinender älterer Freunde zuzubringen.

In dieser Beziehung verdient ein Vorschlag der Handelskammer für den Regierungsbezirk Cöpen den Beachtung. Derselbe hat in diesen Tagen durch ein Rundschreiben sämtliche kaufmännischen Vereine ihres Bezirkes ersucht, die ganze Frage im engen Kreise zu besprechen und ihr Vorschlag zu machen, wie vornehmlich an den Winter-sonntagen den Lehrlingen Gelegenheit zu nützlichen Unterhaltungen gegeben werden kann. Als eine solche Möglichkeit ist von der Handelskammer u. a. bezeichnet worden in den Städten, wo schon Vereinigungen von Handlungsgesellen bestehen, besondere Lehrlings-Abteilungen anzulegen und durch die kaufmännischen Vereine Mittel zu unterstützen und zu fördern. Es ist auch der Gedanke angeregt worden, für die Winterzeit regelmäßig alle vierzehn Tage kleine Vorträge durch wohlwollende Privatpatre oder unterrichtete Handlungsgesellen abzuhalten, oder aber zu Lagen der kaufmännischen Vereine Nützlichkeit zu stiften, in denen die Lehrlinge eine angemessene Unterhaltung durch Spiele und Reden vorfinden.

Man wird sich den Ernst der ganzen Frage am besten vergegenwärtigen, wenn man sich die Ergebnisse einer Umfrage der genannten Handelskammer vor Augen hält. In acht obersteinstädtischen Städten waren beispielsweise 82 aus 356 Lehrlinge; von diesen sind nur 28 aus Familien, die am Orte wohnen, die übrigen 274 haben ihre Angehörigen auswärts, sind also ohne jede Aufsicht. Die Mehrzahl steht im 15. bis 16. Lebensjahre. Ingefaßt zwei Drittel hat nur die ungenügende Vorbildung der gewöhnlichen Volksschule, und zwar größtenteils sogar nur der

Volksschule. Solche unreifen jungen Leute können eine gewisse Aufsicht noch nicht entbehren, wenn sie nicht an der ihnen gegebenen aufsichtslosen Freiheit Schaden nehmen sollen. Je eher man hier auf Abhilfe irgend welcher Art denken wird, desto mehr wird man in dem Sinne eines Gelezes handeln, das einem großen Stande eine längst und heiß ersehnte Erleichterung gebracht hat aber doch noch bringen soll.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Am Freitag begab sich der Kaiser nach der Schorfheide, um dort eine Pirschjagd abzuhalten. Der Monarch übernachtete im Jagdschloß Perubertsdorf und kehrte nächsten Tages nach Berlin zurück.

* Der Kaiser hat dem italienischen Ministerpräsidenten di Rudini den Schwarzen Adlerorden verliehen. Diese Auszeichnung dürfte mit dem Abschluß der Handelsverträge in Zusammenhang stehen.

* Wie die handelspolitischen Verhandlungen das ganze vorige Jahr ausgefüllt haben, so werden sie voraussichtlich auch noch einen erheblichen Teil des laufenden Jahres in Anspruch nehmen. Im Vordergrund stehen die Verhandlungen mit Spanien, die bis zum Ablauf des Provisoriums wohl zum Abschluß eines neuen Vertrages führen dürften. Von Portugal soll der Wunsch ausgebracht sein, ebenfalls mit Deutschland in Unterhandlungen zu treten. Mit Serbien ist bereits durch

* Des Kunstschickses wird nun doch als „milder Bräutigam“ liegen bleiben, da der Schluß der Reichstagsession noch vor Ostern erfolgen soll.

* In der Budgetkommission des Reichstags wurde am Freitag der Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen besprochen. Nach längerer Debatte gelangte mit 16 gegen 10 Stimmen die folgende Resolution von Ballestrin und Genossen zur Annahme: Die unterthänigen Regierungen zu erlauben: 1) die Militärstrafproben baldigst einer Reform, namentlich in der Richtung einer größeren Oeffentlichkeit des Verfahrens, zu unterwerfen. 2) Die Bestimmungen über das Beschwerderecht der Militärpersonen, namentlich in der Richtung einer Erleichterung des Beschwerderechts, einer Revision zu unterziehen. 3) Auf die Pflege religiöser Sinnes unter den Angehörigen des Heeres sowie im gesamten Volksleben, insbesondere bei der Erziehung der Jugend, thätigst hinzuwirken.

* Zu dem betrübenden Kapitel „Soldatenmishandlungen“ verlaute, die bairische Militärverwaltung hätte von Zeit zu Zeit stets durch Erlasse strengere Vorschriften zur Verbindung von Soldatenmishandlungen gegeben. In letzter Zeit habe ein besonders hervorgetretener Einzelfall abermals Anlaß zu einer Einschränkung der Warnungen vor solcher Behandlung der Soldaten gegeben, wenn auch diese Vorschriften nicht jene umfangreichen Einzelheiten enthielten, wie die des Prinzen Georg von Sachsen.

* Die Oberbürgermeister der größeren Städte in den östlichen Provinzen waren am Donnerstag zu Berlin zu einer Konferenz versammelt aus Anlaß des Volksschulgesetzesentwurfs. Nach gegenseitigen Austausch der Ansichten wurde es den Kommunalbehörden der einzelnen Orte überlassen, „in besonderen Eingaben die großen Nachteile zu schildern, welche eine Durchführung des projektirten Gesetzes für das Schulwesen, insbesondere in den Städten herbeiführen muß.“

* In der „R. Volks-Ztg.“ liest man: „Es steht allerdings fest, daß der Kaiser eine große Weisheit auf das Schulgesetz vereinigt haben möchte, um damit die Wirklichkeit zu haben, daß sich kein neuer Kulturkampf entwickle. Das schließt aber ein, daß der Kaiser auch abgesehen ist, einem Geleze seine Zustimmung zu geben, welches geeignet wäre, den offenen und dauernden Widerspruch der katholischen Bevölkerung herauszufordern. Wie aber auch der Ausgang der bevorstehenden Kommissions-Verhandlungen sein wird, schließlich wird für die Staatsregierung auch der Umstand ins Gewicht fallen, daß die katholische Kirche in Preußen ein Fortschritt ist, welcher mindestens dieselbe Verachtung verdient, wie eine parlamentarische Partei.“

* Katholische Blätter melden, Deutschland mache neuerlich Anstrengungen, die Erneuerung des Fürstbischöflichen Dr. Kovar zum Kardinal durchzusetzen. Oesterreich betreibe die alsbaldige

Weseg der ihm von alterher zustehenden drei Karastellen, die durch den Tod der früheren Inhaber erledigt sind.

Von Emin Pascha veröffentlicht die No. zwei Briefe, die bestätigen, daß Emin nunmehr in seiner früheren Provinz Wadefai angingt ist.

Frankreich.

Unlängst ist bereits hervorgehoben worden, daß die Zahl der Recruten, die sich in diesem Jahr zum Militärdienst stellen, einen wesentlichen Rückgang aufweist. Die Wahrnehmung ist in Paris und andwärts gemacht worden; aber einzig in seiner Art ist der Fall, der aus der Seine-Inférieure gemeldet wird. Da haben 11 Gemeinden überhaupt keinen Recruten zu stellen und 11 andere Gemeinden nur je einen.

* Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, so bei Wiederbeginn der Stammergebungen der Antrag eingebracht werden, daß die Regierung ersucht werde, die Zollsätze für Lebensmittel auch unter den Minimaltarif herabzusetzen. Zu einem solchen Schritte drängt die wachsende Erbitterung der Bevölkerung über die Steigen aller Lebensmittelpreise.

* Ein französisches Gericht hat soeben einen Spruch gefällt, dem auch ein gewisses politisches Interesse beizumessen. Nach einem Bericht aus Montpellier hat der dortige Gerichtshof in Sachen des Testamentes der Marquise Vessis-Bellière, welche den Partit zum Universalen eingekauft hatte, sein Urteil dahin abgegeben, daß der Wapst trotz der Ereignisse von 1870 als Souverän anzusehen sei und ebenso wie Reich ihm zustehende Erbschaften übernehmen könne.

England.

* Eine Bekanntmachung des englischen Ackerbau-Ministers verfügt eine strenge Durchführung der Bestimmung betreffend das Land von fremdem Vieh. Es darf kein fremdes Vieh gelandet werden, falls nicht der Schiffskapitan eine schriftliche Erklärung abgibt, daß das Schiff innerhalb achtundzwanzig Tagen von der Entschiffung der Tiere kein Vieh aus Malta, Belgien, Deutschland und Dänemark an Bord gehabt, daß das Schiff während einundzwanzig Tagen seit der Entschiffung des Viehs in keinem Hafen der genannten Länder gewesen, daß die auf dem Schiff importierten Tiere an Bord nicht mit solchen aus diesen Ländern ausgeführten Tieren in Berührung gewesen seien und daß das Schiff achtundzwanzig Tage, bevor es letztere einschiffte, keine Schweine aus Schweden oder den Niederlanden an Bord hatte.

Italien.

* Das italienische Königspaar soll beabsichtigen, einen Besuch zu Schiff in England zu machen.

* Der Minister des Innern beantwortete in der Kammer die Anfrage, was er für Beschäftigung der arbeitslosen Arbeiter in Rom zu thun gedanke, dahin, daß die Regierung das möglichste thun werde. Wer den Arbeitern von einem Recht auf Arbeit spreche, behöre sie. Die unbeschäftigten Arbeiter sollten heimkehren. Er werde die Ordnung aufrecht erhalten. Der Abg. Barzilai antwortete, die Ruhe der Arbeiter sei die Ruhe der Verzeiwung. Es sei ein Sturm im Anzuge. „Wehe dem den Vollaussageren!“ Der Präsident entließ Barzilai bei dieser Bemerkung das Wort. Anonelli bestrich die Regierung, etwas zu thun. Die Welt sei und die Armut seien unerträglich. Der Minister wiederholte seine Zusage.

Rußland.

* In den am prach. Grenze gelegenen Städten Suwalki, Augustowo, Kalwarja, Maryampol werden die russischen Garnisonen namentlich durch Kavallerie bedeutend verstärkt und die Kasernen erweitert.

* Der Emir von Buchara, einem mittelasiatischen Basallenstaat Rußlands, hat für die russischen Vollständigkeits dem Großfürsten-Thronfolger als Beweis seiner Ergebenheit für den russischen Thron und das russische Reich 100 000 Rubel zur Verfügung gestellt.

Balkanstaaten.

* Serbien, das in seinen inneren Wirren alle Hände voll zu thun hat, bleibt in der „Kultur“ trotzdem nicht zurück. Die Regierung hat dem französischen Oberst Bange eine Gesandtschaft (einer in der Werte von etwa 13 Millionen Franc übertragen.)

* Die serbische Regierung hat nunmehr statisch den bulgarischen Emigranten und Berühmter Nigow in der Belgrader Festung

einpersen lassen, wo er bis zu seiner Abreise noch Rußland verbleiben soll. Ein doppelter Wachposten steht vor der Thür des Zimmers, das ihm als Gewahrsam angewiesen ist. Die serbische Regierung hat, wie sie offiziell erklären ließ, auch sonst keinen Augenblick in der Erfüllung der nachbarlichen Pflichten gegen Bulgarien geschwankt, und hat nicht bloß die Emigranten von der Grenze entfernt, sondern auch ihre Thätigkeit einer strengen Überwachung unterstellt.

Deutscher Reichstag.

Am Freitag wurde die Beratung des Etats der Reichs-Justizverwaltung fortgesetzt. Zur Beratung stand dann noch die von dem Abg. v. Bar u. Gen. (fr.) beantragte Resolution betr. Auslieferung von Personen an ausländische Staaten. Die Resolution will nur noch das Reich, nicht mehr die Einzelstaaten, für Auslieferungen zuständig sein lassen und wünscht außerdem Mitwirkung der Gerichte. Nachdem Abg. v. Bar die Resolution begründet, ersuchte Staatssekretär v. Boffe dieselbe abzulehnen, da sich noch kein Bedürfnis einer einheitlichen Regelung herausgestellt habe, die bisherige Praxis auch der Reichsverfassung durchaus entspreche. Bei der beantragten Abstimmung auf kommissarische Beratung ergab sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Am 6. d. stand bei der fortgesetzten zweiten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern, das Reichsversicherungsamt und die Alters- und Invaliditätsversicherung zur Verhandlung. Bei dem Kapitel Reichsversicherungsamt regte der Abg. Müller (nat.-lib.) an, die von der Unfallversicherungs-Ausstellung übrig gebliebenen Musterzeichnungen, Modelle u. dem Publikum in einem Museum in Berlin zugänglich zu machen. Staatssekretär v. Bötticher erklärte die Bereitwilligkeit der Regierung, gegenwärtig jehe es aber an den nötigen Räumlichkeiten; beim Neubau des Reichsversicherungsgebäudes werde daran gedacht werden. Abg. Grillenberger (soz.) nahm dann das Alters- und Invaliditätsversicherungs-gesetz in Schutz, daselbe sei zwar verbesserungsbedürftig, aber seine Partei wünsche die Aufhebung des Gesetzes wegen des ihm zu Grunde liegenden Prinzips nicht. Staatssekretär v. Bötticher erklärte, daß von einer gänzlichen Aufhebung des Gesetzes keine Rede sein könne, wenn es auch, wie er einsehe, mancher Unzulänglichkeiten wegen abgeändert werden müsse. Betreffs des Unfallversicherungs-gesetzes werde in der nächsten Session eine Ausdehnung u. a. auch auf Handlungs-gesellen vorge schlagen werden.

Preussischer Landtag.

Am Freitag legte das Abgeordnetenhaus die zweite Beratung des Etats fort und zwar mit dem Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, welcher nach kurzer Diskussion genehmigt wurde. Ebenso der Etat der Domänen und Forsten. Beim Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung „Zur Förderung des Obst- und Weinbaues“ schilderte Abg. v. Anedel (nat.-lib.) die verheerenden Wirkungen der Reblaus. Minister v. Heyden konstatirte, daß der Umfang der Reblausinfektion in den letzten Jahren zurückgegangen sei und daß seitens der Staatsregierung Maßregeln gegen eine Weiterverbreitung ergriffen würden. Auch dieser Etat wurde genehmigt, ebenso ohne Diskussion der Etat der Selbstverwaltung.

Im Abgeordnetenhaus fand am 6. d. das Polizeifinanzengesetz zur ersten Beratung. Die Abg. Dr. Langenhans und Ebertz (fr.) legten die Mängel des Entwurfes dar und wiesen auf die Thatfache hin, daß bei diesem Gesetz Berlin sehr schlecht wegkomme, da es unermittelmäßig hohe Kosten tragen solle. Der Minister des Innern verteidigte sich, daß die Reichsfinanzstadt in dem Entwurf schlechter behandelt sei als die anderen Städte, letztere hätten jedoch bisher mehr für die Nachwachstumsausgaben als Berlin. Hier sei es darum auch um das Nachwachstums sehr schlecht bestellt. Das neue Einkommensteuerverfahren werde übrigens auch der Kommune reichliche Mehrerträge bringen. Der Polizeifinanz-Gesetzentwurf wurde schließlich an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen. Bei der darauf folgenden Beratung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung kündigte der Handelsminister v. Wertheim eine Mobilisierung bezw. gänzliche Abschaffung der jetzigen Bergwerksbesetzung an, die Verhandlungen mit dem Finanzminister seien darüber bereits im Gange.